

PLO-Delegation

- Yasser ARAFAT
- Farouk KADDOUMI Chef du département politique de l'OLP
- Nabil RAMLAWI Représentant de l'OLP auprès des Nations
Unies à Genève
- Shafik AL-HOUT Représentant de l'OLP au Liban
- Zuhdi TERZI Représentant de l'OLP auprès des Nations
Unies à New York

Schweizerische Delegation

- Staatssekretär Edouard Brunner
- Botschafter Ernst Andres
- Botschafter Alfred Rüegg
- Stefan Speck, Politisches Sekretariat
- Tim Guldemann, Politische Abteilung II

POLITISCHES SEKRETARIAT

p.B.58.2.OLP - SPE/BAM

Bern, den 22. September 1987

Treffen Staatssekretär E. Brunner mit dem Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO, Yasser Arafat, Genf, den 8. September 1987

Arafat (A) beklagt sich einleitend über die amerikanische Politik gegenüber der PLO. Die PLO hat seinerzeit im Libanon den Schutz der amerikanischen Botschaft gewährleistet. 1976, nach Ausbruch des libanesischen Bürgerkrieges, war die PLO bei der Evakuierung der amerikanischen Zivilisten behilflich. Nach der israelischen Libanoninvasion im Sommer 1982 schloss Arafat mit Habib ein schriftliches Abkommen ab, in dem die USA den PLO einen politischen "Bonus" in Aussicht stellten, wenn sie Beirut und den Libanon verlasse. Es bestand ebenfalls eine schriftliche Abmachung darüber, dass nach dem Abzug der palästinensischen Kämpfer eine multinationale Truppe den Schutz der palästinensischen Zivilisten übernehmen solle. Das Ergebnis waren die Massaker von Sabra und Shatila. Die verschiedenen amerikanischen Administrationen, die Arafat erlebt hat, haben ihre Versprechungen systematisch gebrochen.

Auch in der Geiselaffäre in Teheran war die PLO um eine Lösung bemüht. Die ersten dreizehn Geiseln sind im übrigen auf Betreiben der Palästinenser freigekommen. Arafat behauptet in diesem Zusammenhang, Reagan habe mit ihm Kontakt aufgenommen, um ihn zu veranlassen, jede Vermittlertätigkeit bis nach der erfolgten Wahl einzustellen (um Präsident Carters Chancen zu schmälern).

BRE betont, eine demokratische Supermacht wie die USA habe eine grosse Priorität: die Innenpolitik. Im übrigen haben die Iraner das Wesen des amerikanischen politischen Systems sehr gut erfasst. Sie haben die Wiederwahl Carters verhindert und Reagan

durch "Irangate" in schwerste Bedrängnis gebracht. Die Schweiz vertritt die amerikanischen Interessen in Iran und unterhält mit dem Teheraner Regime gute Beziehungen. Ein Ende des Krieges ist aus Schweizer Sicht nicht abzusehen. Die Iraner scheinen ein gewisses Vertrauen in den Generalsekretär der Vereinten Nationen zu haben, während sie dem Sicherheitsrat zutiefst misstrauen. Die Mission Perez de Cuellars wird aber durch die amerikanische Flottenpräsenz im Golf sehr erschwert. BRE hat den Eindruck, die US-Navy befinde sich in einer "no win situation". Sie kann keinen Frieden herbeizwingen, und ein Rückzug der USA aus dem Golf wäre mit einem massiven Gesichtsverlust verbunden.

A hat den Eindruck, die USA seien im Golf in eine Falle getappt. Die PLO bedauert das Andauern des Krieges, hat aber in Teheran weniger Einflussmöglichkeiten als zu Beginn der islamischen Revolution. Es bestehen einige "Missverständnisse". Arafat befürchtet, dass die Iraner im Bestreben einen "Erfolg" einzuheimen, sich gegen die "schwachen" arabischen Golfstaaten wenden könnten. In Kuwait mit seiner Palästinenserkolonie von 400'000 Personen ist diese Bevölkerungsgruppe heute den Machthabern als Gegengewicht gegen die Schiiten hochwillkommen, nachdem sie vor noch nicht allzu langer Zeit als fünfte Kolonne beargwöhnt worden war.

BRE spricht A auf die internationale Nahost-Konferenz an, von der in letzter Zeit häufig die Rede ist. Die Schweiz ist nach mehreren Kontakten mit hohen nahöstlichen Persönlichkeiten eher skeptisch, was die Chancen für eine baldige Einberufung einer solchen Konferenz betrifft. BRE sieht drei Haupthindernisse für die Konferenz:

- 1) Die Uneinigkeit innerhalb der israelischen Regierungskoalition über die Opportunität einer Konferenz.
- 2) Die Bedingungen, die Israel an eine Teilnahme der UdSSR und Chinas stellt (Wiederherstellung, bzw. Aufnahme von diplomatischen Beziehungen, freie Ausreise für sowjetische Juden).

3) Die ungelöste Frage, wer die Palästinenser an der Konferenz vertreten soll.

BRE ist der Ansicht, schon im Februar 1988 wäre es angesichts des beginnenden Wahlkampfs in den USA zu spät für die Konferenz.

A stellt fest, es gebe einen internationalen Konsensus zur Frage der Abhaltung einer Konferenz. Dennoch sei ihre Einberufung mit vielen Fragezeichen zu versehen. Als positiv würdigt A die EG-Erklärung zur internationalen Konferenz, die auch von der Sowjetunion, China und allen arabischen Staaten unterstützt werden. Sogar Syrien, das noch vor kurzem zögerte, hat die Idee der Konferenz akzeptiert.

Die sog. "Jordanische Option", die auf einer Geheimvereinbarung zwischen Peres und Hussein beruhe, bezeichnet A als gescheitert. Peres habe Hussein etwa 50 % von Zisjordanien und einen Teil Gazas versprochen. Israel hätte aber laut diesem Plan einen breiten Landstreifen entlang des Jordans, das Gebiet von "Grossjerusalem" und Südgaza behalten. In Ost-Jerusalem wäre Jordanien lediglich das Recht zugestanden worden, die jordanische Flagge auf der Aksa-Moschee zu hissen. Die verschiedenen arabischen Gebiete wären durch dünne Korridore untereinander verbunden worden. A bezeichnet diesen Plan als "Bantustan-Politik".

Das Scheitern des "Peres-Hussein agreement" ist laut A auf die USA zurückzuführen, die sich jetzt plötzlich als neutral zwischen Shamir und Peres bezeichneten. König Hussein sei in die Falle getappt, als er von dieser amerikanischen Unterstützung für sein Zusammengehen mit Peres ausgegangen sei und deshalb das Abkommen von Amman gekündigt habe.

Er erhofft sich von Treffen Shultz-Shevardnadze Fortschritte hinsichtlich der Tagesordnung der internationalen Konferenz. Frau Thatcher hat vor einigen Wochen erklärt, die Konferenz müsse unbedingt in den nächsten 18 Monaten stattfinden. A gibt der Hoffnung Ausdruck, diese Haltung Grossbritanniens sei angesichts

der engen britisch-amerikanischen Beziehungen mit Washington abgesprochen. Ohne eine Lösung des Palästinenserproblems wird es laut A einen weiteren Aufschwung des islamischen Fundamentalismus geben.

Als Teilnehmer der internationalen Konferenz sieht A auf arabischer Seite Ägypten, Syrien, Libanon, Jordanien und die Palästinenser. Um die heikle Frage einer eigenen palästinensischen Delegation zu umgehen, wäre die PLO laut A bereit, eine gesamtarabische Verhandlungsdelegation zu akzeptieren. Die Grundlage für die Konferenz wären alle UN-Resolutionen zum Palästinakonflikt, inkl. die Entschliessungen 242 und 338.

A gibt sich relativ optimistisch, was die Teilnahme der PLO an der Konferenz betrifft. Niemand kommt an der PLO und an der Sowjetunion vorbei. Es ist auch möglich, dass die gespannte Lage im Golf der Idee einer Nahostkonferenz eher förderlich ist.

Kaddumi macht darauf aufmerksam, dass es zwei divergierende Interpretationen der internationalen Konferenz gebe. Israel wünscht nur eine "umbrella conference". Die PLO besteht darauf, dass die Konferenz die Kompetenz erhalten muss, eine Lösung durchzusetzen. Das Hauptproblem besteht laut Kaddumi in der Frage der Vertretung des palästinensischen Volkes an der Konferenz. Eine selbständige palästinensische Verhandlungsdelegation ist schwer durchzusetzen. Arafat hat daher die Bildung einer gesamtarabischen Abordnung vorgeschlagen. Kaddumi betont, die PLO sei bereit, hier und heute sogar mit Ministerpräsident Shamir zusammenzutreffen.

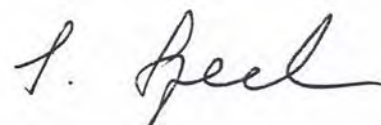
Kaddumi stellt BRE die Frage, ob die Gründung einer palästinensischen Exilregierung die Sache der Palästinenser voranbringen könnte. BRE glaubt nicht, dass eine Exilregierung in der gegenwärtigen Konstellation etwa ausrichten könnte.

A fügt hinzu, die Araber hätten früher einen Fehler begangen, als sie sich weigerten, mit dem "Feind" zu sprechen. Heute machen die Israelis denselben Fehler. Den Libanon sieht A als Opfer einer "Verschwörung", die darauf abzielt, das Land zu "balkanisieren". Die verschiedenen Religionsgemeinschaften streben danach, religiös "reine" Kantone zu errichten. Im "schiitischen Kanton" zeichnet sich immer mehr ein Konflikt zwischen Amal und Hizballah ab. Nach den Kämpfen um die Palästinenserlager ist Amal geschwächt. Der Führer dieser Miliz, Nabih Berri, sieht nun die Gefahr eines Zusammengehens der Hizballah mit den Palästinensern, die mit 500'000 Personen im Libanon immer noch einen Machtfaktor darstellen. Berri hat deshalb die Initiative ergriffen, um den Konflikt mit den Palästinensern zu lösen. A begrüsst die Annäherungsversuche Berris, besteht aber darauf, dass alle "progressiven" Kräfte des Libanon (Kommunisten, Baath, Parti socialiste progressiste) in die Verhandlungen mit Amal einbezogen werden.

A sieht für den Libanon schwierige Monate voraus, da der Termin für die Präsidentschaftswahl heranrückt. A behauptet, Präsident Asad und der Abgesandte Präsident Reagans, Vernon Walters, hätten sich bereits auf einen Kandidaten geeinigt. Israel hat sich jedoch quergestellt. A erwartet eine ähnliche israelische Operation wie 1982, die den Einfluss Israels im Libanon sicherstellen solle.

Abschliessend bezeichnet A den "Konfessionalismus" als grosses Unglück für den Libanon. Die Palästinenser hingegen denken nur in nationalen Kategorien.

S. Speck



*Kopie verb*V E R T R A U L I C H

p.B.58.04.3 - SPE/BAM

p.B.58.2.OLP

Bern, den 27. September 1987

- An:
- Departementsvorsteher
 - Staatssekretär E. Brunner
 - Generalsekretariat
 - Direktion für internationale Organisationen
 - Direktion für Völkerrecht
 - Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe
 - Politische Abteilung I
 - Politische Abteilung II
 - Protokoll
 - KSZE-Dienst
 - Finanz- und Wirtschaftsdienst
 - Information und Presse
 - Politische Sonderfragen
 - Integrationsbüro EDA/EVD

 - Bundesamt für Aussenwirtschaft

 - Schweizerische Missionen in Genf, Brüssel und New York

 - Schweizerische Delegation bei der OECD, Paris

 - Schweizerische Botschaften im Ausland

Gespräch Staatssekretär E. Brunners mit Yasser Arafat

In der Beilage erhalten Sie eine Aufzeichnung des Gesprächs, das Staatssekretär E. Brunner am 8. September in Genf mit dem Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO geführt hat.

POLITISCHES SEKRETARIAT

Paul A. Ramseyer

(Paul André Ramseyer)